

Majewski, Piotr M.: Edvard Beneš i kwestia niemiecka w Czechach [Edvard Beneš und die deutsche Frage in den böhmischen Ländern].

DiG, Warszawa 2001, 356 S.

Wie entwickelte sich der engste Mitarbeiter Tomáš Garrigue Masaryks, der Außenminister und Staatspräsident der demokratischen Tschechoslowakischen Republik, vom Vertreter des nationalen Ausgleichs zum Architekten der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen? Diese Frage versucht der polnische Historiker Piotr Majewski zu beantworten, indem er Edvard Benešs Haltung und Politik gegenüber den Deutschen in den böhmischen Ländern seit seinem Studium in Paris und Dijon untersucht.

In seiner Doktorarbeit von 1908 hatte Beneš nicht nur großdeutsche Pläne und sozialistische Vorstellungen einer reinen Kulturautonomie abgelehnt, sondern auch die Verwirklichung des ‚historischen Staatsrechts‘ als unrealistisch bezeichnet und in der Gliederung der Habsburgermonarchie nach sprachnationalen Kriterien eine Möglichkeit zur Entschärfung der nationalen Konflikte gesehen. Nach seiner Rückkehr nach Prag gelangte er aber zu der Überzeugung, dass die Einheit der böhmischen Länder erhalten werden sollte. In einer Broschüre sprach er sich 1909 gegen das altschechische Staatsrechtsprogramm, gegen den jungtschechischen nationalen Kleinkrieg sowie für die völlige Gleichberechtigung der Deutschen in den böhmischen Ländern aus. Nationale Kantone lehnte er allerdings ebenfalls ab. Seiner Vorstellung nach sollten sich Tschechen und Deutsche in einem Prozess der Demokratisierung zu einer politischen Nation verbinden.

Mit geographischen, wirtschaftlichen und strategischen Argumenten setzte Beneš in der Endphase des Ersten Weltkriegs und auf der Pariser Friedenskonferenz die historischen Grenzen als Staatsgrenzen der Tschechoslowakei durch. Die Deutschen wurden zwar gegen ihren Willen in den neuen Staat gezwungen, doch vertrat Beneš zumindest nach außen die Ansicht, dass sich die Deutschen nach einer Übergangszeit in die Staatsbürgerschaft der demokratischen Republik eingliedern würden. Gerade als Beneš neben dem Posten des Außenministers auch das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte und deutsche Rekruten sich der Mobilisierung gegen Ungarn entzogen, verschärften sich jedoch die Spannungen zwischen dem Staat und der deutschen Minderheit. Majewski zeigt, dass dem offiziell verbreiteten Optimismus in Bezug auf die deutsche Minderheit ein vertraulich geäußertes Misstrauen gegenüberstand. Wie fast alle tschechischen Politiker sah Beneš in der Forderung nach deutschen Kantonen den ersten Schritt zur Separation der Grenzgebiete. Mit der Ablehnung jeglicher territorialen Autonomie wurde allerdings den deutschen Parteien, die zur aktiven Mitarbeit im Staat bereit waren, der entscheidende Erfolg verweigert.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Machtergreifung gewann die Sudetendeutsche Partei (SdP) im Mai 1935 knapp zwei Drittel der deutschen Stimmen. Vor der Wahl hatte Beneš für das Verbot dieser Partei plädiert, im Kampf um die Präsidentschaft zeigte er sich jedoch sogar bereit, den SdP-Abgeordneten einen Verzicht auf ein Verbot zuzusagen, wenn sie ihm nur ihre Stimmen geben würden. In den Jahren 1936 und 1937 sprach Beneš, um dem

Einfluss der SdP entgegenzuwirken, in vielen deutschen Städten: Als Präsident stehe er den Deutschen ebenso nah wie den Tschechen; einige ihrer Klagen seien berechtigt, doch sei die hohe Arbeitslosigkeit auf die Struktur der sudetendeutschen Industrie zurückzuführen. Zugeständnisse seien möglich, wenn die Deutschen die tschechische Mehrheit von ihrer Loyalität überzeugten. Von den Vereinbarungen mit den geschwächten aktivistischen Parteien im Februar 1937 erhoffte er sich eine Spaltung der SdP. Im Oktober wies er den Ministerpräsidenten an, im Umgang mit der SdP keine Schwäche zu zeigen, sich aber „gegenüber Henlein so zu verhalten, dass nicht die Brücken für die Zukunft abgebrochen würden“ (S. 120). Zugleich setzte Beneš sich anders als sein Vorgänger Masaryk energisch für die Stärkung und Aufrüstung der Armee und den Bau von Grenzbefestigungen ein.

Nach dem Anschluss Österreichs und unter dem Druck der Westmächte erkannte Beneš, dass er um Verhandlungen mit der SdP nicht herumkam. Konzessionen sollten dazu dienen, die Westmächte im erwarteten Krieg auf die Seite der Tschechoslowakei zu ziehen, und waren – nach Majewski – nicht mehr ernst gemeint. Mit dem so genannten „dritten Plan“ reagierte Beneš auf die Entsendung des britischen Vermittlers Lord Runciman in die Tschechoslowakei, mit dem „vierten Plan“ weniger auf die Ablehnung der angebotenen drei Kantone durch die SdP als vielmehr auf die Äußerung des britischen Botschafters, dass die Tschechoslowakei zwischen der Annahme des „Karlsbader Programms“ der SdP und dem Krieg wählen müsse und dass Großbritannien sich für das „Karlsbader Programm“ entscheide.

Nachdem die SdP die Verhandlungen abgebrochen und Chamberlain mit Hitler über die Abtretung der Sudetengebiete gesprochen hatte, entstand Benešs so genannter „fünfter Plan“, mit dem er die deutsche Minderheit auf etwa ein Drittel reduzieren wollte. Je ein weiteres Drittel sollte mit strategisch nicht unbedingt erforderlichen Grenzgebieten an Deutschland fallen bzw. ausgesiedelt werden. Mit Recht sieht Majewski in diesem Plan den Wendepunkt in der Politik Benešs in der deutschen Frage. Denn kein Zugeständnis hatte die SdP, die bei den Kommunalwahlen im Mai 1938 sogar neun Zehntel der deutschen Stimmen gewonnen hatte, von ihrem Separationskurs abbringen können. Seit der Zurückweisung des „vierten Plans“ hielt Beneš ein friedliches Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Staat bzw. die Bildung einer gemeinsamen politischen Nation für ausgeschlossen.

Während Majewski sich für die Zeit bis 1935 auf die Sekundärliteratur stützt, hat er zu den Krisenjahren 1936 bis 1945 umfangreiche Aktenbestände studiert, und zwar sowohl in Tschechien als auch in Großbritannien und Polen. Während des Krieges versuchte Beneš Wenzel Jaksch, den emigrierten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokraten, in die Verwirklichung seines immer wieder modifizierten „fünften Plans“ einzubinden. Während Majewski – überwiegend zu Recht – Jakschs Bedingung der Territorialautonomie für die deutschen Grenzgebiete kritisiert, zeigt er nicht deutlich genug, dass Beneš gegenüber Jaksch von Anfang an eine Hinhaltenaktik betrieb und der Sozialdemokrat der Vertreibung von mindestens einem Drittel seiner Landsleute einfach nicht zustimmen konnte.

Einen weiteren Einschnitt sieht Majewski in der Terrorwelle nach dem erfolgreichen Attentat auf Heydrich, in deren Folge sich nicht nur Benešs Haltung in der

„deutschen Frage“ verschärfte: Er habe die Verhandlungen mit Jaksch abgebrochen, Forderungen nach einer „wilden“ Phase der Vertreibung unterstützt, die These von der deutschen Kollektivschuld angenommen und für die Zwangsaussiedlung einer breit definierten deutschen Oberschicht plädiert. Majewski überbetont wohl die Wirkung der „Heydrichiada“ auf die britische Entscheidung, München zu widerufen und sich für den Grundsatz des Transfers auszusprechen, unter anderem weil er Edens positive Einstellung zu Zwangsumsiedlungen aus Polen und der Tschechoslowakei seit Mitte September 1941 und das von Eden bestellte Gutachten nicht kennt, dessen Verfasser schon im Februar 1942 für die Zwangsaussiedlung von Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und eventuellen neupolnischen Gebieten in Ostdeutschland plädiert hatten. Majewskis Ansicht, dass Beneš erst damals die Vision einer Staatsbürgernation mit einer deutschen Restminderheit aufgegeben habe, halte ich für nicht vertretbar. Majewski übersieht auch den Zusammenhang zwischen der britischen Ablehnung des Kriteriums der ‚Schuld‘ bei der Selektion jener Sudetendeutschen, die vertrieben werden sollten, und dem Abbruch der Gespräche mit Jaksch durch Beneš im Spätherbst 1942.

Majewski zieht einige weitere Schlüsse, die ich für falsch halte. Er denunziert Jaksch als ‚Nationalisten‘, ohne dessen Politik vor 1938 in Betracht zu ziehen und ohne zu würdigen, dass dieser aus den Erfolgen der SdP die Konsequenz zog, dass Sozialdemokraten nationale Anliegen nicht den Rechtsparteien überlassen dürften. Majewski behauptet, dass die Exilregierung nicht „unmittelbar“ hinter der Abspaltung der Zinner-Gruppe von der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ gestanden habe – eine Aussage, die verbirgt, dass führende tschechische Sozialdemokraten Zinner und Genossen zur Spaltung gedrängt hatten. Jaksch habe nur Forderungen gestellt, aber keine Gegenleistungen angeboten, was so auch nicht stimmt: Obwohl sudetendeutsche Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, mit Erschießung als Landesverräter rechnen mussten, war Jaksch bereit, seine Genossen nach einem Abkommen mit Beneš zum Eintritt in die tschechoslowakische Auslandsarmee aufzurufen. Majewski hat sich ebenso wie Jaksch von Benešs Äußerungen über die mögliche Bildung deutscher Kantone täuschen lassen und glaubt deshalb an einen zweimaligen Konzeptionswechsel zwischen März 1940 und Mai 1941. Zwar schreibt Majewski, Jaksch sei der Überzeugung gewesen, seine Zustimmung zu einer massenhaften Aussiedlung würde politischem Selbstmord gleichkommen, behauptet kurz darauf aber, dass Jaksch „größere Verantwortung für das Fiasko der tschechoslowakisch-deutschen Zusammenarbeit“ trage als Beneš. Denn Jaksch habe nicht anerkennen wollen, dass mindestens zwei Drittel der Sudetendeutschen durch ihre Unterstützung für Henlein schuld an dem Münchner Diktat und seinen Folgen waren.

Diese kritischen Anmerkungen zu einzelnen Thesen sollen aber nicht den außerordentlichen Wert der Untersuchung in Frage stellen, der in der quellengesättigten Darstellung der Entwicklung von Benešs Haltung und Politik gegenüber den Deutschen der böhmischen Länder über den langen Zeitraum von 1908 bis 1945 liegt. Soweit ich sehe, gibt es keine vergleichbar fundierte Untersuchung eines tschechischen Historikers. Den entscheidenden Wendepunkt datiert Majewski zu Recht auf den 12.-15. September 1938 – der Forderung Hitlers nach dem Anschluss der

Sudetengebiete und Henleins „Heim ins Reich“-Parole, eine weitere Verschärfung verbindet er mit der Zeit der „Heydrichiada“. Ausführlicher als andere Autoren¹ stellt er die extremen Konzeptionen der „Geheimen Studiengruppe“ des Exil-Generalstabs dar und zeigt, dass Beneš in Bezug auf den möglichen Umfang abzutretender Grenzbezirke und in Bezug auf die Annexion anderer Gebiete konsequent eine maßvollere Position vertrat als seine militärischen Berater, allerdings nicht in Bezug auf den Charakter der ‚wilden‘ Vertreibung in den ersten Wochen nach der Befreiung. Erstaunlich ist, dass der polnische Historiker so gut wie jeden Vergleich mit den polnischen Annexions- und Vertreibungsplänen sowie Hinweise auf Zusammenhänge zwischen den tschechoslowakischen und den polnischen Konzeptionen und Entscheidungen vermeidet.

¹ Mit Ausnahme eines neuen Aufsatzes von *Friedl, Jiří*: Činnost smíšené československo-polské vojenské komise a problém československo-německých hranic ve Slezsku za 2. světové války [Die Tätigkeit der gemischten tschechoslowakisch-polnischen militärischen Kommission und das Problem der tschechoslowakisch-deutschen Grenze in Schlesien während des II. Weltkrieges]. In: Slezský sborník 100 (2002) 191-209.